

Aus Bund und Ländern

Schwerpunkthemen der Fortbildung

KÖLN. Nach einer entsprechenden Empfehlung der gewählten Mitglieder des Deutschen Senats für ärztliche Fortbildung hat der Vorstand der Bundesärztekammer die folgenden Themen als Schwerpunkte für das ärztliche Fortbildungsjahr 1986/87 beschlossen:

Endoskopische Verfahren, Indikationen, Möglichkeiten und Grenzen in der Pneumologie und Gastroenterologie; Diagnose und Therapie der Depression sowie schließlich Diagnose und Therapie bei Ulkuskranken als interdisziplinäre Aufgabe. DÄ

Die Ärzte früher in den Stufenplan einbeziehen

KÖLN. Nach Vorschlägen der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft hat der Vorstand der Bundesärztekammer das Bundesgesundheitsministerium gebeten, beim „Stufenplan“ über die Warnung vor Arzneimittelrisiken (nach § 63 des Arzneimittelgesetzes) Änderungen vorzunehmen.

Der derzeit gültige Stufenplan, nach dem Ärzte und Öffentlichkeit zugleich über neue Arzneimittelrisiken unterrichtet werden, habe in der letzten Zeit bei der Ärzteschaft nicht immer Verständnis gefunden; er habe leider auch dazu beigetragen, das Vertrauen der Patienten in die verordneten Arzneimittel zu erschüttern. Dabei müßten logischerweise Ärzte als Hauptverantwortliche für die Arzneiverordnung so früh wie möglich über

mutmaßliche Risiken unterrichtet werden.

Es erscheine dringend erforderlich, so betont die Bundesärztekammer, daß die Arzneimittelkommissionen der Freiberufe, insbesondere die der deutschen Ärzteschaft, als Stufenplanbeteiligte wesentlich früher in die Entscheidungsprozesse des Bundesgesundheitsamtes ein-

bezogen werden, um die Ärzte rechtzeitig und damit die Patienten zum Zeitpunkt einer Maßnahme fachgerecht informieren zu können. Auf diese Weise könnte man sicherstellen, daß die Ärzte durch allgemeine Informationen auf etwaige Maßnahmen des BGA vorbereitet werden und sich über die wissenschaftliche Begründung informieren können. EB

Westbesuche von DDR-Bewohnern bei schwerkranken Verwandten

BONN. Aus gegebenem Anlaß erinnern die Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen sowie für Jugend, Familie und Gesundheit daran, daß Bewohner der DDR oder Ostberlins in die Bundesrepublik Deutschland oder nach Westberlin ausreisen können, wenn ihre dort lebenden Eltern, Geschwister, Kinder oder Enkel lebensgefährlich erkrankt sind. Nach den „Anordnungen über Regelungen im Reiseverkehr von Bürgern der DDR“ ist hierfür folgendes Verfahren notwendig:

Ein Attest des behandelnden Arztes muß die genaue medizinische Diagnose enthalten und die Lebensgefährlichkeit der Erkrankung ausdrücklich bescheinigen. Zusätzlich ist eine Bestätigung des zuständigen Amtsarztes erforderlich, die sich sowohl auf das Attest des behandelnden Arztes insgesamt wie auch auf die Lebensgefährlichkeit der attestierten Erkrankung insbesondere erstreckt.

Bescheinigungen ohne exakte medizinische Diagnose oder ohne amtsärztliche Bestätigung reichen normalerweise nicht aus, den Angehörigen in der DDR oder Ostberlin eine Ausreisegenehmigung zu ermöglichen. Die beiden Bundesministerien bitten daher dringend darum, das genannte Verfahren genau einzuhalten. WZ

Weniger Geld für die Kliniken

DÜSSELDORF. Der Haushaltsentwurf des Landes Nordrhein-Westfalen für 1986 sieht vor, die Landesmittel für den Krankenhausbau von bisher 600 Millionen DM (1985) auf künftig 450 Millionen DM zu kürzen. Die CDU-Opposition im Düsseldorfer Landtag warf der Regie-

rung vor, dieser Ansatz sei „unmenschlich, arbeitsplatzvernichtend und konjunkturwidrig“. Es seien „Sparversuche an der falschen Stelle“, sagte der sozialpolitische Sprecher der CDU-Fraktion, Hermann-Josef Arentz, Köln.

Staatssekretär Paul Arnold Nelles vom Ministerium für Arbeit, Soziales und Gesundheit des Landes berichtete im zuständigen

Landtagsausschuß, die Krankenhausträger hätten für 1986 einen Förderungsbedarf von 2,7 Milliarden DM angemeldet. Allein für den Kölner Raum sei ein Förderungsvolumen von 460 Millionen DM beziffert worden. Die Prioritätenliste beim Regierungspräsidenten in Köln umfasse 41 baureife Projekte mit Gesamtkosten von 250 Millionen DM. Zu rechnen sei aber, erklärte Staatssekretär Arentz, höchstens mit 50 Millionen DM aus der Landeskasse, wenn es bei der geplanten Mittelsenkung bleibe. EB

Arzneimittelpreise wieder gestiegen

BONN/KÖLN. Die Preise der zu Lasten der gesetzlichen Krankenversicherung verordneten Arzneimittel sind im Januar 1986 gegenüber Dezember 1985 um 0,2 Prozent gestiegen. Dies geht aus dem „GKV-Arzneimittel-Index“ hervor, den das Wissenschaftliche Institut der Ortskrankenkassen (WIdO), Bonn-Bad Godesberg, im Auftrag der Spitzenverbände der Krankenkassen, der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, des Zentralinstituts für die kassenärztliche Versorgung und der Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände (ABDA) auf Grund einer repräsentativen Stichprobe monatlich ermittelt. Die Auswertung fußt auf der „WIdO-Medikamenten-Datei“ und enthält die Preise der Lauer-Taxe für rund 53 000 abgerechnete Artikel.

Der „Preissockel“ für das Jahr 1986 liegt nunmehr bei 1,1 Prozent. Dies bedeutet: Würden die Preise ab Ende Januar 1986 völlig konstant geblieben sein, so würde sich für das Jahr 1986 ein Preisanstieg von 1,1 Prozent gegenüber 1985 ergeben (Vormonat: plus 0,9 Prozent). EB